

Milliardäre, Banker und Generäle

So viel Reichtum wie noch nie: Über das Kabinett des Volkstribunen-Darstellers Donald Trump

Knut Mellenthin

Am nächsten Montag entscheiden die Wahlleute-Versammlungen in den Bundesstaaten endgültig, ob Donald Trump der 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wird. Dem »Gremium« gehören 538 Wahlleute aus den 50 Bundesstaaten und aus dem District of Columbia an, in dem die Hauptstadt Washington liegt. Trump braucht mindestens 270 Stimmen. Schiefgehen kann kaum noch etwas, da unter normalen Umständen 306 Wahlleute für den 70jährigen Milliardär stimmen müssten. Zwar sind die Wahlmänner und -frauen formal in ihrer Entscheidung frei, aber erstens wird davon nur selten Gebrauch gemacht, und zweitens scheint Trumps Vorsprung uneinholbar groß. Einen Monat später, am 20. Januar 2017, würde dann seine Vereidigung stattfinden.

Sein Wunschkabinett hat der unberechenbare Exzentriker inzwischen weitgehend zusammengestellt. Für die 15 Ressorts, deren Chefinnen bzw. Chefs gegenwärtig zur Regierung gehören, hatte Trump bis zum Mittwoch schon 13 zukünftige Minister nominiert, darunter lediglich zwei Frauen. Es fehlten nur noch die für die Landwirtschaft und für die soziale Betreuung ehemaliger Armeeinghöriger und ihrer Familien, das Department of Veterans Affairs. Alle 15 Ressortchefs in spe benötigen eine Bestätigung durch den Senat, der in der Regel ein mehr oder weniger anstrengendes Kreuzverhör vorausgeht. Probleme werden vor allem für den als Außenminister nominierten Generaldirektor des Mineralölkonzerns Exxon, Rex Tillerson vorausgesehen – wegen seiner geschäftlichen Verbindungen mit Russland. Er muss mit inquisitorischen Fragen nicht nur von den oppositionellen Demokraten, sondern auch aus den Reihen der Republikaner rechnen.

Ein Sonderfall wird die Besetzung des Postens des Verteidigungsministers, für den Trump einen General a. D., James Mattis, nominiert hat. Der Chef des Pentagon soll normalerweise ein Zivilist sein. Für ehemalige Militärs ist eine siebenjährige Wartezeit vorgesehen, bevor sie dieses Amt übernehmen dürfen. Mattis ging aber erst 2013 in den Ruhestand. Eine Ausnahme von der gesetzlichen Regelung könnte nur mit Zustimmung von Senat und Abgeordnetenhaus gemacht werden. Das gab es zuletzt 1950, als General a. D. George Marshall Verteidigungsminister wurde.

Die US-Medien schätzen, dass noch nie zuvor in der Geschichte der Vereinigten Staaten so viel Reichtum in einem Kabinett versammelt war wie in dem von Trump präsentierten. Neben dem Milliardär Wilbur Ross, der das Handels- und Wirtschaftsministerium leiten soll, und der MilliardärsGattin Betsy de Vos, die als Erziehungsministerin vorgesehen ist, gehören auch mehrere Spitzenmanager von Goldman Sachs zu Trumps vorgesehenen Regierungsteam. Der sich als Volkstribun aufspielende Milliardär hatte die New Yorker Investmentbank während des Wahlkampfs mehrmals demagogisch geschmäht und seine Konkurrentin Hillary Clinton als deren »Marionette« bezeichnet.

Einige Besetzungen stellen geradezu eine Provokation dar. So ist der künftige Arbeitsminister Andrew Puzder, Generaldirektor einer Fastfood-Kette, als Gegner einer Erhöhung des Mindestlohns bekannt. Der nominierte Energieminister Rick Perry leugnet den Klimawandel und forderte, als er sich vor einigen Jahren um das Präsidentenamt bewarb, die Abschaffung des Ministeriums, das er jetzt leiten soll, da es überflüssig sei. Betsy de Vos, die ja dem Department of Education vorstehen soll, setzt sich für die Verschiebung der Staatsausgaben von öffentlichen Schulen zu Privateinrichtungen ein. Der künftige Gesundheitsminister Tom Price ist ein lautstarker Vorkämpfer für die Abschaffung der unter Barack Obama eingeführten Gesundheitsreform. Der als Leiter des Justizministeriums nominierte Jeff Sessions wurde im Lauf seiner Karriere immer wieder wegen rassistischer Äußerungen kritisiert.

Bisher stehen zwei im Ruhestand befindliche Generäle als Mitglieder von Trumps Wunschkabinett fest: Mattis als Verteidigungsminister und John Kelly als Chef des Ministeriums für Innere Sicherheit (Heimatschutzministerium). Ein dritter General, Michael Flynn, wird als Nationaler Sicherheitsberater zwar nicht formal Kabinettsmitglied sein, aber dem engsten Führungskreis um den Präsidenten angehören. Alle drei sind in der Vergangenheit als Befürworter einer aggressiven Strategie gegen den Iran hervorgetreten. Aber während Mattis vor der »russischen Bedrohung« zu warnen pflegt, befürwortet Flynn, der wiederholt mit muslimfeindlichen Äußerungen auffiel, eine Zusammenarbeit mit Russland im Kampf gegen die

Terrororganisation »Islamischer Staat«. Gegner, auch aus den Reihen der Republikaner, werfen Flynn vor, dass er vor zwei Jahren an einer Festveranstaltung des Senders *RT* (früher: *Russia Today*) teilnahm und dabei »nur zwei Plätze von Putin entfernt« gesessen habe. Bei der Besetzung dieses Postens hat der Senat jedoch kein Mitspracherecht.

Hintergrund: Trump provoziert China

Donald Trump strebt eine umfassende Neuverhandlung der Beziehungen zwischen den USA und China an. Das offenbarte er am Sonntag in einem Interview mit dem rechtsgerichteten Sender *Fox News*. Der voraussichtlich nächste Präsident der Vereinigten Staaten stellte dabei die seit 1979 praktizierte Anerkennung der Regierung in Beijing als alleinige Vertreterin Chinas in Frage.

Der Ärger hatte am 2. Dezember damit begonnen, dass Trump einen Anruf der Präsidentin von Taiwan entgegennahm, die ihm mit bemerkenswerter Verspätung zu seinem Wahlsieg gratulieren wollte. Die offenbar vorbereitete Inszenierung weckte den begründeten Verdacht, dass die Regierung in Beijing provoziert werden sollte, die auch sofort »Besorgnis« anmeldete.

Sachlich war Trump dennoch im Recht. Erstens besteht zwischen einem Telefongespräch und der diplomatischen Anerkennung ein großer Unterschied. Zweitens hat der US-Kongress 1979, kurz nach dem Abbruch der Beziehungen zu Taiwan durch Präsident James Carter, ein immer noch geltendes Gesetz beschlossen, das ein nahezu zwischenstaatliches Verhältnis zu der Insel festschreibt. Beijing akzeptiert seit 37 Jahren diese Situation, ebenso wie es auch die enge militärische Zusammenarbeit der USA mit Taiwan höchstens mit folgenlosem verbalen Grollen quittiert.

Die wirklichen Probleme und Widersprüche zwischen Washington und Beijing, die sich jetzt durch den Wahlsieg des demagogischen Milliardärs zuspitzen, sind praktischer Natur. Trump will chinesische Importe durch hohe Zölle reduzieren und gleichzeitig die Auslagerung von Produktionsstufen in die Volksrepublik durch eine Zwangsabgabe von 35 Prozent weitgehend unrentabel machen. Damit wäre, falls Trump als Präsident daran festhält, ein Wirtschaftskrieg programmiert. Der Schaden aus einer solchen Konfrontation könnte für beide Staaten erheblich werden. (km)

<http://www.jungewelt.de/2016/12-15/012.php>